

XX
XX
XX
XX
XX
XX
XX

26. Mai 2025

XXXX,

XX.

Wie besprochen, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um einige Anmerkungen zur aktuellen Diskussion rund um die Elementarschadenversicherung mit Ihnen zu teilen.

Die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels führen zu einer Steigerung der Frequenz und Schwere von Elementarschadenereignissen. Um sowohl die Bürgerinnen und Bürger vor existenzbedrohenden Schäden als auch die öffentlichen Haushalte vor unkalkulierbaren Belastungen zu schützen, braucht es eine höhere Versicherungsdichte bei bezahlbaren Prämien.

Seitens der Versicherungskammer Bayern begrüßen wir daher die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Pläne ausdrücklich.

Besonders positiv sehen wir die geplante Verbindung aus verstärkter Prävention und einer staatlichen Rückversicherung. Denn weder Staat noch Privatwirtschaft können diese Herausforderung allein bewältigen - es ist daher eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft notwendig.

XXX

In der Presseberichterstattung gab es leider bereits Kritik an den Plänen¹ („Bis zu 1.600 Euro zusätzlich pro Jahr - Neue Zwangs-Versicherung für alle Wohnhäuser - Plan von Union und SPD - Mieter und Eigentümer betroffen“).

Mit Blick auf die Diskussion um eine mögliche Versicherungspflicht möchten wir anregen, den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Prüfauftrag zu einem Opt-out-Modell zügig mit Nachdruck umzusetzen. Eine solche Lösung hätte den Vorteil, eine breite Risikoteilung im Sinne der Solidarität zu gewährleisten - ohne die Prämien künstlich zu erhöhen oder eine verpflichtende Absicherung vorzuschreiben. Gerade für bisher nicht versicherte Haushalte ließe sich so ein wirksamer Schutz schaffen, bei gleichzeitiger Wahrung der individuellen Wahlfreiheit.

Um die Folgen des Klimawandels und die Versicherungsprämien auf lange Sicht bezahlbar zu halten, braucht es einen ganzheitlichen Ansatz aus verbindlicher Prävention und Klimafolgenanpassung, Erhöhung der Versicherungsdichte und für Fälle extremer Schadenereignisse neben Rückversicherungskonstrukten eine Lösung unter Risikoteilung zwischen Versicherern und dem Staat.

Für den privaten Versicherungsschutz sollte eine klare Definition einer Elementarschaden-Deckung vorgesehen werden, die eine bezahlbare Prämie sichert. Die konkrete Ausgestaltung möglicher Tarife inklusive Selbstbehaltsregelungen sollte dabei der Versicherungswirtschaft im Rahmen eines wettbewerblichen Angebots überlassen werden.

Wir sind überzeugt, dass Staat und Versicherungswirtschaft hier an einem Strang ziehen sollten, um gemeinsam eine tragfähige Lösung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu erarbeiten. Mein Team und ich stehen Ihnen und Ihrem Haus für einen fachlichen Austausch jederzeit gerne zur Verfügung.

Beste Grüße

Ihr

XXX

¹ <https://www.bild.de/politik/inland/zwangsversicherung-fuer-wohnaeuser-bis-zu-1600euro-extra-kosten-67fe5711ba5a92148b2b1ddd>

XXX